

## Bleiben wir vernünftig!

Von Thomas Werner

Die Zeit der Abstimmungen ist jeweils auch die Zeit der Versprechungen. Wie ernst man diese nehmen kann, lohnt sich aber zu prüfen.

**SVP** Mit dem neuen Energiegesetz soll auf Atomstrom verzichtet werden können. Es wird versprochen, dass es dadurch zu keinen Engpässen kommen werde. Nur wie die Lücke in naher Zukunft geschlossen werden soll, wird nicht erwähnt. Dass wir dadurch bezüglich Energie vom Ausland abhängig werden, wird nicht erwähnt. Dass wir wegen des neuen Energiegesetzes dreckigen Strom aus Kohlekraftwerken in Deutschland importieren müssen, wird natürlich verschwiegen. Dass Frau Bundesrätin Leuthard den grossen Unternehmungen günstigen Strom zusichert, sich so deren Zustimmung zum Energiegesetz mit Subventionen erkaufte hat und die KMU wie auch der Mittelstand dafür die Zeche bezahlen müssen, wird mit keinem Wort erwähnt. Dass es bei dieser Vorlage nur vordergründig um den elektrischen Strom, in Tat und Wahrheit aber um eine massive Verteuerung von Benzin, Diesel und Heizöl geht, wird uns ebenfalls vorenthalten.

Ähnlich sieht es bei der kantonalen Abstimmung «bezahlbarer Wohnraum» aus. Verlockend klingen diese Worte «bezahlbarer Wohnraum». Wer profitiert aber schlussendlich von diesem neuen Gesetz? Der Mittelstand ist es nicht! Im Gegenteil. Ein neues Gesetz wird geschaffen, dieses verlangt nach mehr



Thomas Werner, SVP-Kantonsrat, Unterägeri. z.V.g.

Verwaltung und nach billigen Wohnungsbauten durch Gemeinde und Kanton. Dass die öffentliche Hand unfähig ist, günstige Bauten zu realisieren, ist hinlänglich bekannt. Ein neuer, teurer ineffizienter Apparat inkl. Bürokratiemonster würde geschaffen. Bei dieser Initiative handelt es sich um einen veritablen Schlag ins Gesicht oder besser gesagt Griff in die Tasche des Mittelstandes. Diejenigen, die knapp in der Lage sind, ihre Steuern zu bezahlen und sonst allen Verpflichtungen nachzukommen, müssten nochmals tief in die Tasche greifen, um für einige wenige den Wohnraum zu finanzieren. Raten Sie mal, wer in Ihrer Umgebung am Schluss in den günstigsten Wohnungen sitzt! Bleiben wir vernünftig und lehnen diese beiden Gesetze ab.

## Schluss mit der Plakatkampagne

Das Kantonsgericht Zug hat entschieden: Das Komitee für bezahlbaren Wohnraum muss seine Plakatkampagne mit der Fotomontage der Zuger Regierungsräte Heinz Tännler und Matthias Michel stoppen. Zudem wird verlangt, dass sämtliche Bilder der Plakate in den Online-Medien zu entfernen seien.

**Kanton** Am 18. April haben die Juso Zug, die Junge Alternative Zug und ein Komitee ihre Kampagne für bezahlbaren Wohnraum gestartet. Dabei haben sie ohne Einwilligung Fotografien der beiden Regierungsräte Heinz Tännler und Matthias Michel verwendet. Die Fotomontagen suggerieren fälschlicherweise, dass die beiden Regierungsräte für die Wohnrauminitiative seien. Eine solche Kampagne verletze nun aber die politische Fairness und die Persönlichkeitsrechte.

### Superprovisorische Verfügung

Das Komitee wurde erfolglos gebeten, die Kampagne zu stoppen. Deshalb hätten sich die beiden Regierungsräte Tännler und Michel gezwungen gesehen, rechtliche Schritte einzuleiten. Das Kantonsgericht Zug hat das Gesuch nun vergangene Woche geprüft und folgendes Urteil verkündet: Das Komitee muss

- die Plakate entfernen (müsste seit vergangener Freitag erledigt sein),
- unverzüglich sämtliche Bilder der Plakate in Online-Medien, inklusive in Sozialen Medienplattformen, beseitigen lassen,
- bei Google Schweiz veranlassen, dass die Berichterstattung über die Fotomontage zur Kampagne aus den Datenspeichern von Google vollständig gelöscht wird.

Für den Fall der Missachtung der Anordnungen droht der Einzelrichter des Zuger Kantonsgerichts dem Komitee eine Busse an. PD/LF



Die Zuger Regierungsräte Heinz Tännler und Matthias Michel haben für die Plakatkampagne des Komitees für bezahlbaren Wohnraum gar keine Nerven. ZW-Archiv

## «Tschüss Demokratie?»

**Plakataffäre** Eine superprovisorische Verfügung forderte Juso und Junge Alternative am vergangenen Donnerstag auf, die Fotomontage-Plakate zur Ja-Kampagne für die kantonale Wohnrauminitiative zu entfernen. Die beiden Jungparteien fragen sich jetzt, wo das Recht auf freie Meinungsäusserung bleibt.

### Alles muss weg

Zusätzlich zur Entfernung der beiden Plakate am Bahnhof Zug, wurden die beiden Jungparteien aufgefordert, bei Google Schweiz dafür zu sorgen, dass die Berichterstattung über die Fotomontage zur Kampagne aus den Datenspeichern von Google vollständig gelöscht wird und sämtliche Bilder der Plakate in den Online-Medien und auf den Sozialen Medienplattformen entfernt werden. Ausserdem wurde den Parteien eine Busse von bis zu 10'000 Franken angedroht.

### Bilder müssen gelöscht werden

Aufgrund der finanziellen Androhungen sehen sich Juso und Junge Alternative gezwungen, den Forderungen zwischenzeitlich nachzukommen. Sie bitten daher alle involvierten Online-Plattformen und Medien, welche über die Kampagne berichtet hatten, die Löschung dieser Bilder vorzunehmen.

### Wie war das mit der freien Meinungsäusserung?

Die Jungen Alternativen und Juso Zug haben aber vor, juristisch gegen diesen Entscheid vorzugehen. Die freie Meinungsäusserung sei das höchste Gut einer Demokratie und diese gelte es auch gegen den Regierungsrat zu verteidigen. Yannick Ringger, Co-Präsident des Komitees für mehr bezahlbaren Wohnraum, dazu konsterniert: «Zu diesem unhaltbaren Vorgehen seitens der Zuger Exekutive gibt es nur etwas zu sagen und zwar: Tschüss Demokratie.» PD/LF

## Ja zu bezahlbarem Wohnraum

Von Rupan Sivaganesan

Der Kanton Zug ist ein teures, und für Wenigverdienende ein schwieriges Pflaster. Die Frage bleibt, ob heute und morgen auch genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

**SP** Blättern Sie ab und zu das Amtsblatt durch oder schauen sich Online-Wohnungsplattformen an? Dann stellen Sie fest: in der Stadt Zug sind 3-Zimmer-Wohnungen unter 2100 Franken Mangelware. Wenn eine Familie mit nicht allzu grossem Portemonnaie eine 4.5 oder 5.5 Zimmer Wohnung sucht, ist die Lage noch schwieriger. Einerseits ist allein in den letzten 30 Jahren die Wohnfläche pro Person im Schnitt von 34 auf 50 Quadratmeter angestiegen, parallel dazu schrumpfte die durchschnittliche Haushaltsgrösse.

Um 1900 war noch fast die Hälfte aller Haushaltungen von fünf und mehr Personen bewohnt, heute trägt dieser Anteil weniger als vier Prozent. Zudem steigt die soziale Ungleichheit. Besondere soziale Risiken tragen ältere Menschen auch durch die zunehmende Arbeitslosigkeit. Ebenso steigt der Anteil von Sozialhilfebeziehenden bei den über 45-Jährigen seit 2005 laufend an, bei ihnen nahm das Sozialhilferisiko um 13 Prozent zu. (Das allerhöchste Risiko, Sozialhilfe beziehen zu müssen, tragen nach wie vor Kinder und Jugendliche.)

Damit wir keine «Insel der Reichen» sind, braucht es Wohnraum für alle. Insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Personen und Familien sind dringend darauf angewiesen. Ansonsten droht, dass viele ihre Heimat verlassen müs-



Rupan Sivaganesan, SP Kantonsrat, Zug

sen. Darum setzen sich die Linken seit Jahren für zahlbaren Wohnraum in Kanton Zug ein. Bereits 1980 reichte die SP eine Volksinitiative ein und verlangte von der Regierung, bis Ende 1996 400 preisgünstige Wohnungen zu erstellen. Leider dauerte es bis zur Zielerreichung über 30 Jahre. 2012 lancierte die SP auf städtischer Ebene erneut die Volksinitiative «Wohnen in Zug für alle», welche von den Stadt-ZugerInnen klar angenommen wurde.

Der Kanton Zug ist ein teures, und für Wenigverdienende ein schwieriges Pflaster. Die Frage bleibt, ob heute und morgen auch genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Kantonal muss die Politik aktiver sein als bisher. Deshalb stimme ich am 21. Mai Ja zur Initiative «für bezahlbaren Wohnraum».

Senden Sie Ihre Leserbriefe an [redaktion@zugerwoche.ch](mailto:redaktion@zugerwoche.ch)

## Meinungsfreiheit?

**Politik** Die Junge Alternative und die Juso Zug zeigen sich erstaunt über die Drohungen seitens der Zuger Regierung bezüglich der am Dienstag, 18. April lancierten Plakatkampagne für mehr bezahlbaren Wohnraum (Ausgabe ZW vom 19. April 2017). «Anstatt rechtliche Schritte gegen junge, politische Aktivisten einzuleiten, fordern wir die Regierung auf, sich verstärkt für die Anliegen aller Zuger einzusetzen», so die Vertreter der Juso Zug und der «JA».

### Lösung muss her

Der Kanton Zug hat schweizweit die höchsten Mieten und den tiefsten Leerwohnungsstand. Die bisherigen politischen Massnahmen reichen nicht aus und die «Entzuegerung» schreite ungebremst voran, so die beiden Zuger Jungparteien. Die Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum würde dieses Problem anpacken und endlich einen klaren und sinnvollen Lösungsvorschlag bieten, um die prekäre Wohnungssituation für Junge, Familien, den Mittelstand und die Rentner zu entschärfen. Für die Juso Zug und die Junge Alternative ist klar: statt mit rechtlichen Schritten eine öffentliche Debatte verhindern zu wollen, würde man die Stimme einer jungen, besorgten Generation besser ernst nehmen. Siehe auch Seite 3. <https://juso-zug.ch> PD

## LESERMEINUNG

### Argumentieren ist halt nicht einfach!

Fakt ist, dass Regierungsräte fast 300'000 Franken im Jahr verdienen. Sie verdienen es – um ganz deutlich zu sein – zu Recht! Genauso Fakt ist, dass man in Zug mit so einem Lohn bezahlbaren Wohnraum findet. Könnte man noch diskutieren bzw. würde man Argumente lesen, was ein gewisses Leseverständnis voraussetzt, was ich gerne zugebe, merkte man, dass die Aussage der JUSO völlig korrekt ist. Mit diesem Lohn ist der Wohnraum in Zug bezahlbar und man kann auch hier leben. Für viele Menschen ist Zug jedoch nicht mehr finanzierbar und sie müssen wegziehen. Genau das sagt das Plakat und bemängelt die fehlende Sensibilität der Regierungsräte bei ihren Meinungsäusserungen. Hier auch nur daran zu denken, es könnte etwas strafrechtlich Relevantes vorliegen, ist absurd und es abzuklären, zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Da kann man einen erstsemestrigen Juso-Studenten fragen und er wüsste, trotz Bologna, die Antwort auf Anhieb. Das ist jedoch nicht mein Hauptthema: Mich deutet, wir können nicht mehr diskutieren. Es gibt bestimmte Themen (etwa Gesundheit, Wissenschaft, politische Korrektheit, Gleichberechtigung,

etc.), da darf man vom Mainstream nicht abweichen. Vergöttert man zum Beispiel die Wissenschaft nicht, ist man ein Verschwörungstheoretiker. Erlaubt man sich anderer Meinung als der Staat zu sein, verbreitet man «Fake News», und dies soll bestraft werden können (Orwell lässt grüssen). Besonders bedenklich erscheint mir, dass man oft auf Anhieb merkt, dass die Kritik weder gelesen noch verstanden wurde. Statt Argumente zu widerlegen, wird mit verschiedenen Keulen geschwungen und Argumente werden negiert. Eine argumentative Diskussion ist jedoch schwierig und Keulen schwingen, kann jeder. Ich bin jetzt halt ein Verschwörungstheoretiker. Ich lebe damit seit mindestens 37 Jahren und muss immer wieder feststellen, dass ich am Schluss nicht ganz unrecht hatte. Lernen wir doch wieder hart zu argumentieren. Meinungen gegen den Mainstream sind Herausforderungen. Sie anzunehmen, wäre sinnvoller, als sie niederzuknüppeln. Ich habe schon oft meine Meinung revidiert, aber aufgrund von Argumenten und nicht aufgrund von Killerphrasen oder Keulenschlägen. Michel Ebinger, Rotkreuz